

Vorläufige Niederschrift
über die Sitzung des Kreistages des Landkreises Marburg-Biedenkopf
am 21.09.2012, 09:00 Uhr, in Marburg, Stadtteil Cappel
- 10. Sitzung nach der Kreiswahl vom 27.03.2011 -

Anwesend:

SPD:	Harald Althaus, Manfred Apell, Sören Bartol, Thomas Beck, Joachim Ciliox, Silvia Demper, Inge Dörr, Klaus-Dieter Engel, Hans-Gerhard Gatzweiler, Katharina Hesse, Klaus Hesse, Philipp Hesse, Werner Hesse, Brigitte Klingelhöfer, Lothar Mücke, Roland Petri, Michael Richter-Plettenberg, Detlef Ruffert, Andreas Schulz, Norbert Schüren, Karin Szeder, Joachim Thiemig, Kurt Vogt, Monika Weigel, Sascha Weisbrod, Eva Wenckebach
CDU:	Karl-Hermann Bolldorf, Elisabeth Dörr, Frank Gotthardt, Thomas Groll, Dr. Stefan Heck, Heinrich Herbener, Christian Hölting, Walter Horn, Karl Krantz, Rosemarie Lecher, Claus Lixfeld, Karin Lölkes, Juliane Metzger, Tobias Meyer, Oliver Pohland, Armin Reichel, Markus Schäfer, Dr. Thomas Schäfer, Alexander Steiß, Gerhard Teutsch, Manfred Vollmer, Johannes Wagner, Werner Waßmuth, Christian Weigel
GRÜNE:	Martin Bergmann, Ina Nadine Bernshausen, Stefan Bug, Ute Hoppe, Sandra Laaz, Sabine Matzen, Michael Meinel, Reiner Nau, Heinrich Palz-Gerling, Tomas Schneider, Prof. Dr. Angela Doris Thränhardt, Patrick Voyé
DIE LINKE:	Dr. Ingeborg Cernaj, Bernd Hannemann, Anna Hofmann, Adnan Yildirim,
FW:	Horst Bätz, Jürgen Reitz, Bernd Schmidt
FDP:	Angelika Aschenbrenner, Jörg Behlen
PIRATEN:	Jens Fricke
Kreisausschuss:	Landrat Robert Fischbach Erster Kreisbeigeordneter Dr. Karsten McGovern

die ehrenamtlichen Kreisbeigeordneten

Ingrid Balzer, Armin Becker Volker Drothler, Manfred Hoim, Margrit Kahler-Görg, Bernd Klingelhöfer, Angelika Löber, Heidrun Opländer, Thorben Peters, Heinrich Trümner, Sigrid Waldheim, Klaus Weber, Heinz Wilhelm Wasmuth

Es fehlten:

SPD:	Dr. Ruth Beusing, Elisabeth Newton, Dr. Thomas Spies, Klaus Weisenfeld,
CDU:	Stephan Klenner, Klaus-Dieter Knierim, Dr. Christean Wagner,
GRÜNE:	Sabine Schlegel,
REP:	Manfred Thierau,
Kreisausschuss:	Helmut Wege

Schriftführer: Amtsrat Andreas Stellner

Kreistagsvorsitzender Detlef Ruffert eröffnet die Sitzung des Kreistages um 09:05 Uhr und begrüßt die Damen und Herren Abgeordneten, die Mitglieder des Kreisausschusses, die Vertreter/innen der Presse, die Zuhörer/innen, sowie die anwesenden Damen und Herren aus der Verwaltung.

Sein besonderer Gruß gilt den anwesenden Schülerinnen und Schülern eines Lehrgangs des Verwaltungsseminars.

Vor Eintritt in die Tagesordnung werden vom Kreistagsvorsitzenden die form- und fristgerechte Einladung sowie die Beschlussfähigkeit festgestellt. Gegen diese Feststellungen werden keine Einwände vorgetragen. Der Kreistag ist beschlussfähig. Die Niederschrift über die Sitzung des Kreistages am 22.06.2012 wurde allen Abgeordneten mit

der Einladung zur Sitzung zugesandt. Aus dem Kreistag werden auf die ausdrückliche Frage des Vorsitzenden gegen diese Niederschrift keine Einwände erhoben. Somit gilt die Niederschrift in der vorliegenden Fassung als genehmigt.

Herr Ruffert beglückwünscht die Kreisbeigeordnete Ingrid Balzer zu Ihrem 70. Geburtstag, die Kreisbeigeordnete Margrit Kahler-Görg zu Ihrem 60. Geburtstag und die Kreistagsabgeordneten Manfred Vollmer zum 70. Geburtstag, Dr. Thomas Spies (in Abwesenheit) zum 50. Geburtstag, sowie die Abgeordneten Stefan Heck und Christian Hölting zu ihrem 30. Geburtstag und überreicht ein Präsent.

Der Vorsitzende weist ausdrücklich darauf hin, dass gemäß § 14 Abs. 7 der Geschäftsordnung jede/jeder Kreistagsabgeordnete/r berechtigt ist, Fragen aus aktuellem Anlass an den Kreisausschuss zu richten. Diese Fragen sind zu Beginn der Sitzung bei dem Kreistagsvorsitzenden schriftlich einzureichen und werden vor Aufruf des Tagesordnungspunktes "Verschiedenes", in jedem Fall aber vor Ende der Sitzung, vom Kreisausschuss beantwortet.

Er stellt fest, dass keine Frage aus aktuellem Anlass eingereicht wird.

Der Vorsitzende berichtet über die Sitzung des Ältestenrates am 19.09.2012, in der auch über den Ablauf der heutigen Sitzung beraten wurde. Die zu den einzelnen Tagesordnungspunkten gegebenen Empfehlungen des Ältestenrates werden jeweils bei Aufruf des Tagesordnungspunktes bekannt gegeben.

Weiterhin berichtet der Kreistagsvorsitzende über folgende Themen:

- Digitaler Einladungsversand

Der Kreistagsvorsitzende berichtet, dass sich bisher 25 Abgeordnete aus dem Kreistag und 3 Kreisbeigeordnete für die Variante des digitalen Einladungsversands entschieden.

- Transparentere Darstellung des Internetauftritts der Kreistagsabgeordneten

Herr Ruffert teilt diesbezüglich mit, dass derzeit in der Verwaltung Möglichkeiten einer besseren (e-Mail) Erreichbarkeit der Abgeordneten eingerichtet werden, sowie eine Überarbeitung der Suchfunktion vorgenommen wird.

- Zulassung von Film- und Tonaufnahmen/ Live Streaming

Der Kreistagsvorsitzende berichtet über den aktuellen Sachstand in dieser Angelegenheit und teilt mit, dass sich der Ältestenrat gegen eine Übertragung in Form von Internet-Livestreaming ausgesprochen hat.

Gleichwohl sieht der Ältestenrat die Möglichkeit eines sporadischen Einsatzes eines Streaming bei besonderen Veranstaltungen im Kreistag, aber auch bei herausragenden Informationsveranstaltungen des Landkreises.

Hingegen bestehen gegen den Einsatz von Film und Tonaufnahmen im Kreistag durch die Vertreter der Medien keine Bedenken. Die hierfür notwendige Änderung der Hauptsatzung ist in Vorbereitung. Im Ältestenrat herrscht Konsens darüber, dass die Angelegenheit damit abgearbeitet ist und keiner erneuten Beratung im Kreistag bedarf.

Nach Rückfrage des Kreistagsvorsitzenden und unter Hinweis auf den entsprechenden Antrag der SPD Fraktion zur Sitzung des Kreistages am 16.03.2012 erhebt sich hiergegen aus den Reihen des Kreistages kein Widerspruch.

Herr Ruffert macht weiterhin darauf aufmerksam, dass ein gemeinsamer Dringlichkeitsantrag der Fraktionen von SPD, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FREIE WÄHLER betreffend „Keine Kürzung der Eingliederungsmittel nach SGB II“ gestellt worden ist

Eine mündliche Antragsbegründung erfolgt ebenso wenig wie eine Gegenrede.

Nach Vornahme der Abstimmung auf Erweiterung der Tagesordnung stellt der Vorsitzende fest, dass die erforderliche 2/3 Mehrheit der gesetzlichen Abgeordnetenzahl erreicht ist und der Dringlichkeitsantrag somit auf die Tagesordnung aufgenommen und unter TOP 19 beraten wird.

Der Vorsitzende stellt weiterhin fest, dass der TOP 15 von der Fraktion DIE LINKE zurückgezogen wird. Er soll in der nächsten Kreistagsitzung erneut beraten werden.

Der Kreistagsvorsitzende teilt mit, dass aufgrund organisatorischer Gründe auf Wunsch der Mitglieder des Kreisjugendparlamentes der TOP 8 entfällt.

Weitere Änderungswünsche zur Tagesordnung gibt es nicht.

Vor Aufruf des TOP 1 übernimmt Herr Herbener die Sitzungsleitung.

TOP 1: Fragestunde

1. Frage des Abgeordneten Detlef Ruffert, SPD vom 10.09.2012

Der Kreistag hat im September 2011 mit den Stimmen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FREIE WÄHLER den Kreisausschuss gebeten, dem Kreistag ein zukunftsfähiges, umweltpädagogisches Gesamtkonzept zum Weiterbetrieb des Schulbiologiezentrums vorzulegen. Bei der Jubiläumsveranstaltung des Schulbiologiezentrums Biedenkopf am 07.9. dieses Jahrs hat der 1. Beigeordnete lediglich mit der Begründung der gestiegenen Besucherzahlen den Fortbestand des Schulbiologiezentrums zugesichert.

Beabsichtigt der Kreisausschuss der Bitte des Kreistages zu entsprechen und wann ist mit der Vorlage des Gesamtkonzeptes zu rechnen?

Es antwortet Herr Erster Kreisbeigeordneter Dr. McGovern:

Bei der Jubiläumsveranstaltung des Schulbiologiezentrums hielt der Erste Kreisbeigeordnete einen sehr umfangreichen Redebeitrag, der das Schulbiologiezentrum in allen seinen Facetten beleuchtete und darauf aufbauend eine Perspektive für die Zukunft und somit für den Fortbestand des Schulbiologiezentrums entwickelte. Die erfreuliche Zunahme der Besucherzahlen um fast ein Drittel ist dabei als Ausdruck einer stärkeren auch konzeptionellen Öffnung des Schulbiologiezentrums in die Region und somit für neue Besuchergruppen zu werten. Die Veränderungen in der Konzeption sind in einem Zwischenbericht dem Kreistag im Dezember 2011 bereits zur Kenntnis gegeben worden. Das gewünschte abschließende Gesamtkonzept für das Schulbiologiezentrum befindet sich noch in der Diskussion und soll auch eingebunden werden in ein „Umweltpädagogisches Gesamtkonzept der außerschulischen Lernorte im Schulamtsbezirk Marburg-Biedenkopf“, das unter der Federführung des Staatlichen Schulamtes für den Landkreis Marburg-Biedenkopf seit

November 2011 entwickelt wird. Sobald ein Ergebnis vorliegt wird der Kreistag davon unterrichtet.

2. Frage des Abgeordneten Dieter Engel, SPD vom 10.09.2012

Wann und in welcher Besetzung hat die gem. Integrierten Klimaschutzkonzept kurzfristig einzurichtende gemeinsame Arbeitsgruppe zum aktiven Erfahrungsaustausch zwischen der Landkreisverwaltung und kommunalen Verwaltungsmitarbeitern ihre Arbeit aufgenommen?

Es antwortet Herr Landrat Fischbach:

Die Arbeitsgruppe Verwaltung und Liegenschaften, die gemäß der Leitlinie „Immer einen Schritt voraus: Klimaschutz in der Landkreisverwaltung“ zu etablieren ist, wurde am 11.10.2011 erstmalig einberufen. Eingeladen waren die Bürgermeister aller Kommunen, die Klimaschutz/Energiebeauftragten soweit vorhanden oder alternativ die Bauamtsleiter der Kommunen, der Energiebeauftragte der Universität und die Mitarbeiter des Technischen Gebäudemanagements des Landkreises Marburg-Biedenkopf. Das Thema lautete: „Wärmeschutz – neu betrachtet“.

Eine Teilnehmerliste finden Sie im Anhang.

Die Arbeitsgruppe wird Ende Oktober ihre Arbeit fortsetzen und zu einem weiteren Workshop mit dem Schwerpunkt „Energetische Gebäudesanierung“ einladen.

3. Frage des Abgeordneten Dieter Engel, SPD vom 10.09.2012

Wann wurde die gemäß Integriertem Klimaschutzkonzept kurzfristig einzurichtende Arbeitsgruppe WIND, die den Ausbau der Windenergie forcieren soll, ins Leben gerufen, wer arbeitet in der Arbeitsgruppe mit, und welche Erfolge konnten bereits erzielt werden?

Es antwortet Herr Landrat Fischbach:

Der Kreisausschuss erschien es angesichts der öffentlichen Diskussion um die Windkraft zunächst sinnvoller, vor der Einrichtung einer Arbeitsgruppe zum Ausbau der Windenergie einige öffentliche Informationsveranstaltungen durchzuführen, um die Akzeptanz der Windkraft zu fördern.

Folgende Aktivitäten hat der Kreisausschuss im letzten halben Jahr zur Förderung der Windkraft entwickelt:

- Am 22.05.2012 wurde eine Veranstaltung zum Thema Windkraftanlagen mit Bürgerbeteiligung durchgeführt, an der knapp 100 Personen aus unterschiedlichen Bereichen teilnahmen.
- Am 23.08.2012 führte der Kreisausschuss eine weitere Informationsveranstaltung zur Gründung einer kreisweiten Energiegenossenschaft durch. Diese Veranstaltung stieß mit 130 Teilnehmern auf ein großes Interesse und führte zu dem einstimmigen Votum die Gründung einer kreisweiten Energiegenossenschaft vorzubereiten.
- Die Gründungsversammlung, für die 140 Anmeldungen vorliegen, ist derzeit in Planung und wird am 2. Oktober 2012 stattfinden. Diese Energiegenossenschaft wird voraussichtlich eine umfassende Bürgerbeteiligung auch gerade bei Windenergieprojekten ermöglichen und auch kleinere örtliche Genossenschaften, die für bestimmte (Wind-)Projekte gegründet werden, unterstützen.
- Eine weitere Veranstaltung fand am 29.05.2012 zum Thema „Spannungsfeld Artenschutz – Klimaschutz“ statt. Auch hier nahmen ungefähr 80 interessierte Bürger und Experten teil.

Im Zuge der Offenlegung des sachlichen Teilregionalplans Energie Mittelhessen, der im November zu erwarten ist, wird der Kreisausschuss Kommunen, Planungsbüros, Investoren, private Waldbesitzer, Hessenforst und interessierte Bürger zu einer weiteren Veranstaltung einladen. Im Zuge dessen soll die Einrichtung einer AG Wind durch den Fachdienst Klimaschutz angeboten werden und bei bestehendem Interesse zeitnah eingeladen werden.

4. Frage des Abgeordneten Michael Richter-Plettenberg, SPD vom 10.09.2012

Nach der Großen Anfrage der SPD-Fraktion zum Sachstand der Umsetzung des Demografieprojektes und Kritik über die fehlende Aktualität der Internetseite wurde die Startseite der Homepage <http://www.demografie.marburg-biedenkopf.de> gelöscht (und offensichtlich nur die). und es stehen seither nur zwei Dateien auf der Hauptseite des Landkreises zum Download bereit. Frage: Wann wird die Homepage <http://www.demografie.marburg-biedenkopf.de> wieder in ordnungsgemäßen Betrieb nach deren „Umbau“ genommen, und von wem mit welchen neuen Inhalten gefüllt?

Es antwortet Herr Landrat Fischbach:

Der Kreisausschuss hat mit dem Aufbau der Demografieseite im Jahr 2007 zwei Ziele verfolgt. Zum einen sollte die Seite über die Arbeit der Arbeitsgruppen im Demografieprojekt und die Ziele des Projektes insgesamt informieren. Zum anderen sollten dort die Kommunen Best Practice Beispiele aus ihrem Bereich einstellen, damit dies anderen als Anregung dienen kann.

Das Demografieprojekt selbst wurde mit Vorlage des Abschlussberichts beendet. Die Umsetzung der Maßnahmen durch den Kreisausschuss und die Kommunen und Vereine und Verbände im Landkreis wurde durch den Kreisausschuss in dem Umsetzungsbericht, soweit er davon Kenntnis erhalten hat, Anfang 2012 ausführlich berichtet. Diese beiden zentralen Berichte sind auf der Internetseite des Landkreises zum Download bereitgestellt.

Nachdem der Kreisausschuss die Kommunen bei der Einrichtung der Demografie-Seite zweimal angeschrieben hat, und diese gebeten hatte, aktuelle Termine und Projekte zu melden, kam nur von sehr wenigen Kommunen eine Rückmeldung, was auch zur fehlenden Aktualität der Seite beitrug.

Das Konzept der alten Seite hat sich wegen der Beendigung des Gruppenprojektes und den ausbleibenden Rückmeldungen aus den Kommunen überholt.

Der Kreisausschuss wird noch einmal auf die Kommunen zugehen und darum bitten, dem Kreisausschuss Links zu ihren Seiten mit der Darstellung ihrer Demografieprojekte zu schicken, die der Landkreis dann auf seiner Homepage unter Demografie veröffentlicht. Damit ist dann gewährleistet, dass die Aktualisierung nicht durch eine Meldung an den Kreis erfolgen muss sondern durch die Kommunen selbst erfolgt. Ergänzt werden soll dies noch um ausgewählte statistische Daten aus dem Landkreis.

5. Frage der Abgeordneten Karin Szeder, SPD vom 10.09.2012

Mit dem Haushaltsplan 2012 wurde beschlossen, dass der Fuhrpark der Kreisverwaltung um zwei Dienstwagen mit Elektroantrieb erweitert werden soll.

Welche Fahrzeuge wurden wann gekauft und wie wurden sie bisher eingesetzt?

Es antwortet Herr Landrat Fischbach:

Es handelt sich um 2 Fahrzeuge der Marke Renault, Typ Fluence ZE. Die Fahrzeuge wurden mit vorgreiflicher Genehmigung des Regierungspräsidiums erworben und am 03.05.2012 in Betrieb genommen.

Die Nachfrage und Auslastung dieser Fahrzeuge für allgemeine Dienstfahrten ist sehr gut. Die Fahrzeuge befinden sich im kontinuierlichen und täglichen Einsatz. Aufgrund der Batteriereichweite werden die Fahrzeuge hauptsächlich im städtischen und stadtnahen Umfeld eingesetzt.

Auch bei der Energiemesse des Landkreises standen die Fahrzeuge den interessierten Besuchern zur Verfügung und fanden eine enorme Beachtung.

6. Frage der Abgeordneten Karin Szeder, SPD vom 10.09.2012

Seit 1.10.2009 ist die Verordnung zur Änderung der Energieeinsparverordnung in Kraft. Im § 16, Abs 3., Aufstellung und Verwendung von Energieausweisen hat der Eigentümer einen Energieausweis an gut sichtbarer Stelle auszuhängen.

Wo hängen die Ausweise der Gebäude der Kreisverwaltung und der Schulen?

Es antwortet Herr Erster Kreisbeigeordneter Dr. McGovern:

Gemäß EnEV 2009, § 16, Absatz 2 und 3 für Nichtwohnbestand müssen die Energieausweise bei öffentlichen Dienstleistungsgebäuden mit regem Publikumsverkehr (Schulen zählen explizit dazu) und einer Grundfläche von mehr als 1.000 m² gut sichtbar aushängt werden.

Insgesamt trifft diese Regelung auf 42 Gebäude der Kreisverwaltung sowie der Schulen zu. Die Energieausweise für die Schulen sind an den Informationstafeln vor den Sekretariaten ausgehängt bzw. werden sukzessive dort ausgehängt.

Der Energieausweis für das Kreisverwaltungsgebäude ist im Aushangkasten für öffentliche Zustellungen im Bereich des Empfangs ausgehängt. Für die Gebäude Kreisverwaltung Außenstelle Biedenkopf sowie Gesundheitsamt ist der Energieausweis in den öffentlich zugänglichen Aushangkästen im Eingangsbereich angebracht.

Für Schulgebäude, die im Zuge des energetischen Sanierungsprogramms modernisiert werden, ist die Erstellung von neuen Energieausweisen nach Abschluss der Arbeiten vorgesehen.

7. Frage der Abgeordneten Dr. Ruth Beusing, SPD vom 10.09.2012

Wird die auf Bundesebene in drei Stufen beschlossene Übernahme der Kosten der Grundsicherung wie vom Bund vorgesehen in Hessen vollständig an die Landkreise weiter gegeben, und wie verbessert sich die am 01. August beschlossene Ertragserwartung des Kreisausschusses konkret durch die nunmehr beschlossene zweite und dritte Stufe sowie die Verbesserung der Berechnungsgrundlagen gegenüber der Antwort des Kreisausschusses vom 28.11.2011 zur der von der SPD-Kreistagsfraktion gestellten Großen Anfrage?

Es antwortet Herr Landrat Fischbach:

Bei den Verhandlungen zum Bildungs- und Teilhabepaket und der Reform zur Bemessung der Sozialhilferegelsätze im Rahmen des Vermittlungsverfahrens vom 25.02.2011 war zwischen Bundestag und Bundesrat vereinbart worden, die Sozialhilfeträger zukünftig dauerhaft und nachhaltig über die Kostenerstattung des Bundes für die Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung zu entlasten.

Um das zu erreichen, will der Bund seine Kostenerstattung, die sich in der Vergangenheit an den Wohngeldersparnissen der Länder orientierte und in etwa 16% der Aufwendungen entsprach, in 2012 auf 45%, in 2013 auf 75% und ab 2014 auf 100% erhöhen. Die Bundesregierung hat für die weitere Umsetzung der geänderten Kostenerstattung am 01.08.12 den Entwurf eines "Gesetzes zur Änderung des Zwölften Buches Sozialgesetzbuch" beschlossen.

Grundlage für die Berechnung der Bundesbeteiligung sollen die jeweiligen Nettoausgaben (ohne Personal- und Verwaltungskosten) bei der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung innerhalb der einzelnen Bundesländer sein. Bei der Kostenerstattung für das Jahr 2012 ist das neue Verfahren bereits zur Anwendung gekommen, allerdings sind dabei noch die Ausgaben des Jahres 2010 zu Grunde gelegt worden. Nach dem neuen Gesetzentwurf der Bundesregierung sollen ab 2013 die Nettoausgaben des aktuellen Jahres die Berechnungsbasis sein.

Das Land Hessen hat in 2012 45% der Nettoausgaben, das waren 162 Mio. €, erhalten und diese mit vorab 5% an den LWV = 8,1 Mio. € sowie mit 69,5 Mio. € an die kreisfreien Städte und mit 84,4 Mio. € an die Landkreise in vollem Umfang weitergeleitet.

Bei der Verteilung innerhalb Hessens sieht es so aus, dass das „historisch gewachsene Verfahren“ mit einer Vorwegverteilung von 5%, losgelöst vom tatsächlichen Aufwand, an den LWV, beibehalten werden soll. Da die Ausgaben des LWV in der Grundsicherung aber deutlich höher liegen, in 2010 belief sich der LWV-Anteil auf 17%, erhalten die Landkreise und kreisfreien Städte nach Abzug der LWV-Vorwegverteilung von nur 5% einen höheren Anteil als die 45%ige Bundeserstattung.

Gemessen an den Nettoausgaben 2010 hat der Landkreis Marburg-Biedenkopf in 2012 auf diese Weise beispielsweise 51,5% seiner Aufwendungen erstattet bekommen. Die höhere Erstattung müssen die Landkreise und kreisfreien Städte zur Finanzierung der von ihnen an den LWV zu zahlenden LWV-Umlage einsetzen.

Im Kreishaushalt 2012 ist eine Bundeserstattung von 4,5 Mio. € eingeplant gewesen; zugewiesen wurden am 17.07.2012 = 5.239.374 €. Die erhöhte Zuweisung ist auf die hessische Verteilungssystematik der LWV-Anteile zurückzuführen, die bei der Haushaltsplanung so nicht berücksichtigt worden war.

Für 2013 rechnet der Landkreis mit einer Erstattung von 9,6 Mio. €.

8. Frage des Abgeordneten Hans-Gerhard Gatzweiler, SPD vom 10.09.2012

Sieht der Kreisausschuss eine Möglichkeit, den Verein "St. Elisabeth-Hospiz Marburg e.V." durch regelmäßige bzw. einmalige Zuschüsse zu unterstützen bzw. Unterstützung durch andere Finanzquellen zu erreichen?

10. Frage des Abgeordneten Hans-Gerhard Gatzweiler, SPD vom 10.09.2012

Das ST. Elisabeth-Hospiz Marburg e.V. errichtet einen Neubau für die Hospizarbeit., der im November eingereicht werden soll.

Liegt dem Kreisausschuss ein Antrag des St. Elisabeth-Hospiz Marburg e.V. vor, in dem um finanzielle Unterstützung gebeten wird/WURDE und wie wurde GGF. EINE SOLCHE/diese beantwortet?

Es antwortet Herr Erster Kreisbeigeordneter Dr. McGovern:

Derzeit sehen wir keine Möglichkeit den Verein St. Elisabeth-Hospiz e.V. durch Zuschüsse zu unterstützen. Generell besteht bei stationären Hospizen eine Regelungslücke, da Investitionskosten weder mit den Krankenkassen abrechenbar sind, noch eine Einbeziehung von stationären Hospizen in die Krankenhausinvestitionsförderung des Landes vorgesehen ist.

Auf Anfrage der St. Elisabeth-Hospiz Marburg e.V. vom 04.10.2011 erhielt der Träger am 15. November 2011 eine einmalige Zuwendung von 250 €. Außerdem hat der Hospizverein im Jahr 2011 über die Sparkasse eine Spende zur Unterstützung der Arbeit erhalten.

9. Frage des Abgeordneten Michael Richter-Plettenberg, SPD vom 10.09.2012

Wie hoch und wie dringlich schätzt der Kreisausschuss den Sanierungsbedarf für die historische, im Kreiseigentum stehende steinerne Ohmbrücke an der Brücker Mühle in Amöneburg ein, und warum wurde der mehrfach angetragenen Anregung der Stadt Amöneburg die Brücke zumindest für den Bus- und Schwerverkehr zu sperren, bisher nicht umgesetzt?

Es antwortet Herr Landrat Fischbach:

Die historische und denkmalgeschützte Ohmbrücke ist in ihrer tragenden Funktion nicht gefährdet. Nach der Hauptprüfung im Jahr 2008 und der 2011 durchgeführten einfachen Prüfung hat die historische Ohmbrücke die Zustandsnote 2,0 erreicht.

Das sichtbare Mauerwerk, das allerdings kaum eine tragende Funktion mehr innehat, weist hingegen deutliche Risse auf. Mittelfristig (3 bis 5 Jahre) sind daher Sanierungsarbeiten an Mauerwerk und Fahrbahnbelag erforderlich.

Die Straße wurde bisher nicht gesperrt, da an der Einmündung L3073 / K 29, über die dann der Verkehr geführt werden müsste, keine Linksabbiegespur vorhanden ist.

Der Kreisausschuss wird prüfen, inwieweit trotzdem eine Verlagerung des Verkehrs möglich ist.

11. Frage des Abgeordneten Reiner Nau, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 10.09.2012

Kostenentwicklung im Bundesfernstraßenbau am Beispiel B 252

Vorbemerkung: Im Fünfjahresplan für den Ausbau der Bundesfernstraßen 2011-2015 – Projektliste - mit Stand August 2011 ist unter der Kategorie „Noch nicht begonnene Vorhaben – Bundesfernstraßen unter: Lfd. Nr. 41 Hessen B 252 OU Münchhausen / Simtshausen / Todenhausen / Wetter / Niederwetter der 2-streifige Neubau der 13,9 km langen Strecke mit 58,3 Mio EUR aufgeführt.

(Ein anderer Abschnitt, etwa die OU Göttingen, ist hier nicht aufgeführt.)

Der örtlichen Presse (OP v. 7.7.2012: „Jetzt muss das Geld her“) wird anlässlich der Übergabe des Planfeststellungsbeschlusses durch den hessischen Verkehrsminister Florin Rentsch mitgeteilt:

„Für die rund 17,5 Kilometer Straße sind rund 94 Millionen Euro veranschlagt.“

In diesem Zusammenhang bitte ich den Kreisausschuss um Beantwortung nachstehender Frage:

Von welchen Kosten ist hinsichtlich der Bundesfernstraßenplanung B 252 im Wettschaftstal tatsächlich auszugehen und wie erklären sich die v. g. unterschiedlichen Aussagen

Es antwortet Herr Landrat Fischbach:

In der Fragestellung werden unterschiedliche Größen miteinander verglichen.

Staatsminister Rentsch hat sich im Zitat aus der OP vom 07.07.2012 "Für die rund 17,5 km Straße sind rund 94 Millionen Euro veranschlagt" auf die aktuellen Zahlen gestützt. Mit zunehmender Informationsdichte (u. a. aus dem Planfeststellungsverfahren) konkretisieren sich die kostenwirksamen Zusammenhänge. Er bezifferte damit den Betrag für die OU B 252 und die OU B 62, zus. 17,5 km.

Im Fünfjahresplan wurden die Kosten der OU im Zuge der B 252 mit 13,9 km Streckenlänge genannt, und zwar nach dem damaligen Kosten-Erkenntnisstand mit 58,3 Mio. Euro.

Beide Aussagen widersprechen sich nicht.

12. Frage der Abgeordneten Prof. Dr. Angela Thränhardt, BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN vom 11.09.2012

Vorbemerkung:

Maria Langstroff beschreibt in ihrem Buch "Mundtot", dass sie als Rollstuhlfahrerin während ihres Studiums in Marburg mehrfach von Bussen und Zügen nicht mitgenommen wurde. Unter anderem erzählt sie von einer Gelegenheit, wo sie im Winter mehrere Stunden auf dem Bahnsteig warten musste und in der Folge erkrankte.

Frage:

Sind dem Kreisausschuss solche Vorkommnisse, d.h. dass Körperbehinderte aufgrund ihrer Behinderung nicht transportiert werden, für Busse im Kreisgebiet und/oder Bahnen in der Zuständigkeit des RNV bzw. RMV bekannt, und gibt es eine zentrale Beschwerdestelle, an die sich betroffene Personen wenden können?

Es antwortet Herr Erster Kreisbeigeordneter Dr. McGovern:

Dem Kreisausschuss ist bekannt, dass Menschen mit körperlicher Behinderung, die auf einen Rollstuhl angewiesen sind, den öffentlichen Nahverkehr nur eingeschränkt nutzen. In den letzten Jahren wurden Haltestellen umgestaltet und es werden im eigentlichen Linienverkehr Niederflurfahrzeuge eingesetzt, so dass es zu Verbesserungen der Situation gekommen ist.

Konkret sind wir nicht darüber informiert worden, dass Menschen mit körperlicher Behinderung im Bus- oder Bahnverkehr im Landkreis nicht transportiert worden sind. Eine Nachfrage bei den Stadtwerken Marburg und dem Rhein-Main-Verkehrsverbund ergab, dass es in den letzten Jahren auch dort keine diesbezüglichen Beschwerden hinsichtlich der Beförderung behinderter Menschen in öffentlichen Verkehrsmitteln im Landkreis Marburg-Biedenkopf gegeben hat. Auch der von der Fragestellerin geschilderte Fall ist bei den genannten Aufgabenträgern nicht bekannt. Das schließt allerdings nicht aus, dass es entsprechende Probleme gegeben hat.

Sollte es künftig zu derartigen Vorkommnissen kommen, bitten wir um sofortige Information, am besten mit Angabe der betreffenden Linie, der Uhrzeit und der Haltestelle bzw. des Ortes.

Zentrale Beschwerdestelle für den regionalen Bus- und Schienenverkehr ist das 24-Stunden-Service-Telefon des RMV mit der Ruf-Nr. 01801 – 7684636.

Das Beschwerdemanagement des Regionalen Nahverkehrsverbandes Marburg-Biedenkopf für alle lokalen Busverkehre im Kreisgebiet ist über die Ruf-Nr. 06421 – 4051378 oder per E-Mail unter: rnv@marburg-biedenkopf.de erreichbar.

13. Frage der Abgeordneten Sandra Laaz, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 11.09.2012

Kostenentwicklung im Kreisstraßenbau

Vorbemerkung:

Der Kreistag hat in 2007 den Bedarfsplan für Kreisstraßen im Landkreis MR-BID für die Jahre 2008 – 2013 beschlossen. Wegen der getroffenen Prioritätensetzung sind Maßnahmen in der Kategorie I u. a. für den Neubau / Vollausbau dargestellt und entsprechende „Kosten geschätzt (Euro)“ zugeordnet:

a) „Freie Strecke“ (mit Planung): Lfd. Nr. 1-8 mit Gesamtkosten von 6.240.000EUR

b) Ortsdurchfahrten“: Lfd. Nr. 1-7 mit Gesamtkosten von 2.711.000EUR

Ferner sind Maßnahmen in dem Zeitraum außerhalb dieses Bedarfsplanes konkret geplant worden, z. B. K 123 Ortsumfahrung Wetter Kosten (ursprünglich): 1.500.000EUR

In diesem Zusammenhang bitte ich den Kreisausschuss um Beantwortung nachstehender Frage:

Bei welchen Kreisstraßen und in welcher Höhe haben sich Abweichungen von den seinerzeitigen Kostenschätzungen ergeben, die

* im Bedarfsplan für die Jahre 2008 – 2013 in der Kategorie I a) und I b) genannt

* außerhalb des Bedarfsplanes für die Jahre 2008 – 2013 konkret geplant wurden und wie bewertet der KA diesen Sachverhalt in der Summe?

Es antwortet Herr Landrat Fischbach:

In der Kategorie 1a haben sich die Baukosten (ohne Honorare) bei folgenden Maßnahmen geändert:

K86	"Wetschaftsbrücke": Einsparung	rund	90T€
K27	"Rülfbachbrücke": Einsparung	rund	170T€
K14	"Kirchhain-Emsdorf": Kostensteigerung	rund	970T€

In der Kategorie 1b haben sich die Baukosten (ohne Honorare) bei folgenden Maßnahmen geändert:

K63	"OD Oberhörten": Kostensteigerung	rund	35T€
K50	"OD Seelbach: Kostensteigerung	rund	
190T€			
K2	"OD Oberrospehe: Kostensteigerung	rund	
210T€			
K51	"OD Erdhausen": Kostensteigerung	rund	
230T€			
K92	"OD Stadtallendorf(Ferrero):Kostensteigerung	rund	
6,82Mio€			
K46	"OD Hommersthausen": Einsparung	rund	
130T€			

Außerhalb des Bedarfsplans haben sich die Baukosten (ohne Honorare) nur bei der K123

"Nordumgehung Wetter" verändert. Die vorläufigen Baukosten (Anteil Kreis) betragen rund 3,0 Mio €; Kosten für Grunderwerb und Honorare sind darin nicht enthalten.

Bei der Erstellung des Bedarfsplans im Jahr 2007 handelte es sich um erste Kostenschätzungen, die sich dann mit fortschreitender Planung, Ausschreibung und Ausführung der Maßnahmen konkretisierten.

14. Frage des Abgeordneten Philipp Hesse, SPD vom 12.09.2012

Das Bundesarbeitsgericht hat zum 20.03.2012 eine Entscheidung zur altersabhängigen Staffelung des Erholungsurlaubs für Angestellte getroffen. Danach haben alle jüngeren Angestellten Anspruch auf mehr Urlaubstage im Jahr. Welche Auswirkungen hat diese Entscheidung auf die Verwaltung und werden zusätzliche Urlaubstage grundsätzlich auch rückwirkend für 2011 gewährt?

Es antwortet Herr Landrat Fischbach:

Das Bundesarbeitsgericht (BAG) hat mit Urteil vom 20.03.2012 – 9 AZR 529/10 – festgestellt, dass die bis zum 29.02.2012 geltende Fassung des § 26 Absatz 1 Satz 2 TVöD, wegen der darin enthaltenen Altersstaffelung des Urlaubsanspruchs, gegen das Verbot der Diskriminierung wegen Alters im Sinne des § 7 Absatz 1 und 2 Allgemeines Gleichbehandlungsgesetz (AGG) i. V. m. § 1 AGG verstößt.

Eine Beseitigung dieses Verstoßes sei bei unveränderter tariflicher Regelung nur in der Weise möglich, dass eine Anpassung der Urlaubsdauer derjenigen Beschäftigten, die wegen ihres Alters diskriminiert werden, „nach oben“ erfolge.

Die Tarifvertragsparteien haben diese Entscheidung zunächst mit einer Übergangsregelung für das Jahr 2012 umgesetzt. Die Neufassung des § 26 TVöD wird materiell erst ab dem 1. Januar 2013 wirksam.

In 2012 ergeben sich für die Gesamtverwaltung Urlaubsmehransprüche in Höhe von 579 Urlaubstagen. In 2013 werden sich die Urlaubsmehransprüche auf 307 Tage belaufen. Diese Zeitkapazitäten sind innerhalb der Verwaltung zu kompensieren.

Da die Tarifvertragsparteien für 2011 keine besonderen Regelungen vereinbart haben, oblag es jedem einzelnen Beschäftigten, die sich aus dem Urteil ergebenden höheren Urlaubsansprüche geltend zu machen. Von 16 eingegangenen Anträgen erfüllten 10 die Voraussetzungen für eine zusätzliche Gewährung von Urlaub für das Jahr 2011. Insgesamt wurden 28 zusätzliche Urlaubstage bewilligt.

15. Frage des Abgeordneten Joachim Ciliox, SPD vom 12.09.2012

Wann wurde der Kreiselternbeirat zur geplanten Einführung von Verbundschulen im Landkreis informiert und am Verfahren beteiligt oder konnte der Kreiselternbeirat die Entscheidung erst der Presse entnehmen?

Es antwortet Herr Erster Kreisbeigeordneter Dr. McGovern:

Dem Kreisausschuss ist nicht bekannt, dass im Kreistag bereits eine Entscheidung getroffen bzw. ein Beschluss zur geplanten Einführung von Verbundschulen gefasst worden ist. Im Rahmen der zur Zeit stattfindenden Diskussion zum Schulentwicklungsplan 2012 -2017 werden Vorschläge zur Einführung von Verbundschulen diskutiert, hierzu fanden bereits zwei Regionalkonferenzen statt, zu dem der Kreiselternbeirat eingeladen worden ist. Zusätzlich wird ein gesonderter Informations- und Diskussionstermin mit Elternvertretungen, dem

Kreisjugendparlament und Schülerinnen- und Schülervertretungen am 24. September anberaumt.

16. Frage des Abgeordneten Werner Hesse, SPD vom 12.09.2012

Wie oft ist es in den vergangenen 10 Jahren vorgekommen, dass dem Kreistagsvorsitzenden, trotz entsprechender Bitte, untersagt wurde, auf einer Veranstaltung des Landkreises ein Grußwort zu sprechen, was war dafür jeweils die Begründung und welches die Rechtsgrundlage?

Es antwortet Herr Landrat Fischbach:

Nach Erkenntnissen des Kreisausschusses ist diese Bitte bis vor kurzem noch nie an den Kreisausschuss herangetragen worden. Erstmals geschah dies beim 25-jährigen Jubiläum des Schulbiologiezentrums (SchuBiZ) in Biedenkopf.

Grundsätzlich gilt folgendes: Sofern es sich um Veranstaltungen des Landkreises handelt, legt der Kreisausschuss fest, wie der Ablauf ist und wer Grußworte spricht. Bei der Organisation und Durchführung von Veranstaltungen handelt es sich um laufende Verwaltungsangelegenheiten im Sinne des § 44 Abs. 2 HKO, die vom Landrat und dem zuständigen Kreisbeigeordneten wahrgenommen werden.

Der Kreisausschuss vertritt auf den eigenen Veranstaltungen die Belange des Landkreises und nicht der Kreistagsvorsitzende. Sofern der Kreisausschuss der Auffassung ist, dass der Repräsentant des Kreistages einen gesonderten Beitrag halten soll, wird dieses im Vorfeld abgestimmt. Im Fall der 25-Jahr-Feier des SchuBiZ wurde nach Aussagen des Kreistagsvorsitzenden dieser von der Schulleitung gebeten, auch ein Grußwort zu sprechen. Dabei wurde verkannt, dass es sich um keine Veranstaltung der Schule, sondern um eine Veranstaltung des Kreisausschusses handelte.

Etwas anders sieht die Rechtslage bei Veranstaltungen von Dritten aus. Dort kann der Gastgeber den Repräsentanten des Kreistages bitten, neben dem Kreisausschuss auch ein Grußwort zu sprechen, denn nach § 31 Abs. 3 HKO vertritt der KTV den Kreistag in der Öffentlichkeit. Allerdings muss er sich bei der Information der Kreisangehörigen (Einwohner) nach Abs 4 Satz 2 HKO auf die Darstellung des Wirkens des Kreistages beschränken. Außerdem müssen die Ausführungen des KTV nach § 31 Abs.4 Satz 1 HKO unparteiisch erfolgen.

HKO § 31

Vorsitzender

(1) Der Kreistag wählt in der ersten Sitzung nach der Wahl aus seiner Mitte einen Vorsitzenden und einen oder mehrere Vertreter. Die Zahl der Vertreter bestimmt die Hauptsatzung. Bis zur Wahl des Vorsitzenden führt das an Jahren älteste Mitglied des Kreistages den Vorsitz.

(2) Das Amt des Vorsitzenden endet, wenn es der Kreistag mit einer Mehrheit von mindestens zwei Dritteln der gesetzlichen Zahl der Kreistagsabgeordneten beschließt. Das Gleiche gilt für seine Vertreter.

(3) Der Vorsitzende repräsentiert den Kreistag in der Öffentlichkeit. Er wahrt die Würde und die Rechte des Kreistags.

(4) Der Vorsitzende fördert die Arbeiten des Kreistags gerecht und unparteiisch. In diesem Rahmen kann er die Kreisangehörigen über das Wirken des Kreistags informieren.

(5) In der Erledigung seiner Aufgaben unterstützt ihn der Kreisausschuss; erforderliche Mittel sind dem Vorsitzenden des Kreistags zur Verfügung zu stellen.

HKO § 44

Aufgaben und Vertretung des Landrats

(1) Der Landrat bereitet die Beschlüsse des Kreisausschusses vor und führt sie aus, soweit nicht Kreisbeigeordnete mit der Ausführung beauftragt sind. Er leitet und beaufsichtigt den Geschäftsgang der gesamten Verwaltung und sorgt für den geregelten Ablauf der Verwaltungsgeschäfte. Er verteilt die Geschäfte unter die Mitglieder des Kreisausschusses.

(2) Soweit nicht aufgrund gesetzlicher Vorschrift oder Weisung des Landrats oder wegen der Bedeutung der Sache der Kreisausschuss im Ganzen zur Entscheidung berufen ist, werden die laufenden Verwaltungsangelegenheiten von dem Landrat und den zuständigen Kreisbeigeordneten erledigt.

(3) Der Landrat kann in dringenden Fällen, wenn die vorherige Entscheidung des Kreisausschusses nicht eingeholt werden kann, die erforderlichen Maßnahmen von sich aus anordnen. Er hat unverzüglich dem Kreisausschuss hierüber zu berichten.

(4) Der Erste Kreisbeigeordnete ist der allgemeine Vertreter des Landrats; er soll als allgemeiner Vertreter nur tätig werden, wenn der Landrat verhindert ist. Die übrigen Kreisbeigeordneten sind zur allgemeinen Vertretung des Landrats nur berufen, wenn der Erste Kreisbeigeordnete verhindert ist. Die Reihenfolge bestimmt der Kreisausschuss. Bei längerer Verhinderung des Landrats kann mit Zustimmung des Kreistags von der Aufsichtsbehörde ein besonderer Vertreter für den Landrat bestellt werden.

17. Frage der Abgeordneten Anna Hofmann, DIE LINKE vom 13.09.2012

Das Bundesverfassungsgericht (BVerfG) hat mit Datum vom 18. Juli 2012 die Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG) – Grundleistungen als evident unzureichend und damit für verfassungswidrig erklärt. Das BVerfG hat dem Gesetzgeber nicht nur „Hausaufgaben“ gegeben, sondern es hat angeordnet, dass ab sofort höhere Leistungen zu gewähren seien. Der Kreisausschuss ist im Landkreis Marburg-Biedenkopf für die Umsetzung des AsylbLG zuständig. Wie kommt er den Vorgaben des BVerfG nach?

Es antwortet Herr Landrat Fischbach:

Nach Bekanntgabe der neuen Regelsätze durch das Land Hessen am 22.08.2012 hat der Landkreis in der 37. Kalenderwoche mit der Auszahlung der Nachzahlungen begonnen. Ab Oktober 2012 erfolgt die Leistungsgewährung nach den neuen Sätzen im Regelbetrieb.

18. Frage des Abgeordneten Bernd Hannemann, DIE LINKE vom 13.09.2012

Welche Kommunikationswege oder Dienstleistungen hat die Sparkasse Marburg-Biedenkopf an ein Call-Center ausgelagert?

Es antwortet Herr Landrat Fischbach:

Die Sparkasse Marburg-Biedenkopf hat nach Kenntnis des Kreisausschusses keine Dienstleistungen oder Kommunikationswege an ein Call-Center ausgelagert.

19. Frage der Abgeordneten Dr. Ingeborg Cernaj, DIE LINKE vom 13.09.2012

In wie vielen Städten und Gemeinden des Landkreises Marburg-Biedenkopf gibt es öffentliche Büchereien, wie zum Beispiel die Stadtbücherei Marburg?

Es antwortet Herr Landrat Fischbach:

In 20 Städten und Gemeinden des Landkreises Marburg-Biedenkopf (einschließlich Marburg) gibt es öffentliche Büchereien. Zurzeit sind der Kreisverwaltung insgesamt 48 Büchereien im Landkreis außerhalb der Stadt Marburg bekannt.

20. Frage der Abgeordneten Anna Hofmann, DIE LINKE vom 13.09.2012

Wie viele unbegleitete minderjährige Flüchtlinge wurden in den letzten zehn Jahren von der Verwaltung des Landkreises betreut?

Es antwortet Herr Erster Kreisbeigeordneter Dr. McGovern:

Im angefragten Zeitraum wurden insgesamt 67 minderjährig und unbegleitet eingereiste junge Menschen durch den Landkreis betreut.

21. Frage des Abgeordneten Adnan Yildirim, DIE LINKE vom 13.09.2012

Welche Kriterien sind dafür entscheidend, ob unbegleitete minderjährige Flüchtlinge nach dem Jugendhilfegesetz oder dem Asylbewerberleistungsgesetz betreut werden?

Es antwortet Herr Erster Kreisbeigeordneter Dr. McGovern:

Mit Erlass vom 17.06.2008 (EV 6.3 – 58a 4100) hat das Hessische Sozialministerium die Unterbringung, Versorgung und Verteilung von unbegleiteten minderjährigen asylsuchenden Flüchtlingen unter 18 Jahren in Hessen geregelt.

Die jungen Menschen werden nach Einreise durch die sogenannten Clearingstellen bei den Jugendämtern in Frankfurt und Gießen im Rahmen gem. § 42 SGB VIII in Obhut genommen. Es wird geprüft, ob die Voraussetzungen für die Gewährung von Hilfe zur Erziehung gem. §§ 27 ff SGB VIII vorliegen und ggfls. für die Aufnahme und Betreuung in einer geeigneten Jugendhilfeeinrichtung in Hessen gesorgt.

Nur in Ausnahmefällen, nämlich bei Selbstmeldern, die sich direkt hier beim Jugendamt melden, obliegt die entsprechende Prüfung dem Landkreis Marburg-Biedenkopf als zuständigem Jugendhilfeträger.

22. Frage des Abgeordneten Adnan Yildirim, DIE LINKE vom 13.09.2012

Wie viele unbegleitete minderjährige Flüchtlinge werden derzeit nach dem Jugendhilfegesetz in Einrichtungen der Jugendhilfe betreut und wie viele wohnen gemäß dem Asylbewerberleistungsgesetz in Gemeinschaftsunterkünften?

Es antwortet Herr Erster Kreisbeigeordneter Dr. McGovern:

Durch den Landkreis Marburg-Biedenkopf werden derzeit 26 junge Menschen, die unbegleitet und minderjährig eingereist sind, im Rahmen der Jugendhilfe betreut. Die Betreuung erfolgt in Jugendhilfeeinrichtungen bzw. im Rahmen der Verselbständigungsphase in anderen betreuten Wohnformen.

Unterbringungen in Gemeinschaftsunterkünften wurden durch den Landkreis Marburg-Biedenkopf als zuständigem Jugendhilfeträger nicht vorgenommen.

23. Frage des Abgeordneten Bernd Hannemann, DIE LINKE vom 13.09.2012

Welche Kriterien (Ausstattung, bauliche, monetäre, etc.) legt der Landkreis bei der Anmietung von Wohnungen zur Erstunterbringungen für Spätaussiedler und Flüchtlingen in sogenannten Übergangwohnheimen zugrunde. Insbesondere im Zusammenhang mit der Annoncierung von Mietgesuchen in den heimischen Printmedien.

Es antwortet Herr Landrat Fischbach:

Im Land Hessen gibt es keinen einheitlichen Standards für Gemeinschaftsunterkünfte. Die Landkreise und Gemeinden sind verpflichtet, die aufzunehmenden Personen in Unterkünften unterzubringen, die einen menschenwürdigen Aufenthalt ohne gesundheitliche Beeinträchtigungen gewährleisten. Die Auswahl der Unterkünfte erfolgt im Einzelfall nach diesen Kriterien.

24. Frage der Abgeordneten Dr. Ingeborg Cernaj, DIE LINKE vom 13.09.2012

PAK-Kontamination durch Sprengstoffe?

Im Lahntal, Lokalität Sarnau/Bahnhof, wurden im Sommer 2011 erhöhte PAK-Werte in Gemüse aus Hausgärten festgestellt. Es konnte glaubhaft belegt werden, dass dies nicht auf den Großbrand in Goßfelden im Juli 2011 zurückzuführen ist. Dem Kreisausschuss sowie dem Regierungspräsidenten sind weder Auslöser noch Dauer der PAK-Kontamination bekannt.

Eigene Recherchen ergaben, dass am 25. April 1945 im Bahnhof Sarnau ein Munitionszug angegriffen und zerstört wurde. Da bei Abschießen von Munition/Sprengstoffen große Mengen von PAK freigesetzt werden, könnte es sich bei der in Sarnau/Bahnhof festgestellten Kontamination um bisher nicht bekannte Altlasten aus dem 2. Weltkrieg handeln.

Frage: Ist dem Kreisausschuss bekannt, in welchen Lokalitäten des Landkreises Marburg-Biedenkopf in der Vergangenheit evtl. weitere solche Ereignisse (Sprengung von Munition) stattgefunden haben?

Es antwortet Herr Landrat Fischbach:

Dem Kreisausschuss sind weitere Ereignisse speziell in Hinblick auf die Sprengung von Munition nicht bekannt, außer dem, was am Standort der Stadtallendorfer Sprengstoffwerke DAG und WASAG geschah. Dazu gibt es eine umfangreiche Dokumentation des Magistrats

der Stadt Stadtallendorf „Die Allendorfer Sprengstoffwerke DAG und WASG“, die 1989 veröffentlicht wurde:

Der Standort Stadtallendorf wurde umfangreich zum Teil auch mit Bodenaustausch saniert, was in der Dokumentation „Boden gut gemacht!“ des hessischen Innenministeriums beschrieben wird.

TOP 2: Aktuelle Stunde gemäß § 15 der Geschäftsordnung

entfällt

Herr Kreistagsvorsitzender Ruffert übernimmt wieder die Sitzungsleitung

TOP 3: Flächendeckende Breitbandversorgung Gründung einer Gesellschaft mit beschränkter Haftung (GmbH) zum Aufbau einer flächendeckenden Breitbandversorgung im Landkreis Marburg- Biedenkopf

Die ausführliche Beschlussvorlage samt Anlage ist allen Abgeordneten mit der Einladung zur heutigen Sitzung zugegangen.

Die Empfehlungen des Haupt- und Finanzausschusses und des Ausschusses für Wirtschaft, Infrastruktur, Erneuerbare Energien, Landwirtschaft und Umwelt liegen ebenfalls auf allen Plätzen aus.

Der Vorsitzende eröffnet die Aussprache. Es beteiligen sich mit Redebeiträgen:

Herr Abg. Schulz, SPD
Frau Abg. Aschenbrenner, FDP
Herr Abg. Vollmer, CDU
Frau Abg. Dr. Cernaj, DIE LINKE
Herr Abg. Meinel, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Herr Abg. Schmidt, FREIE WÄHLER
Frau Abg. Hofmann, DIE LINKE
Herr Landrat Fischbach für den Kreisausschuss

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, lässt der Kreistagsvorsitzende über die Vorlage abstimmen

Abstimmung: Bei Zustimmung der Fraktionen von SPD, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FREIE WÄHLER sowie des Abgeordneten der PIRATENPARTEI und Gegenstimmen der FDP Fraktion und Enthaltung der Fraktion DIE LINKE mehrheitlich beschlossen.

Beschluss:

1. Der Kreistag beschließt, der zu gründenden „Breitband Marburg-Biedenkopf GmbH“ auf der Grundlage des in Anlage 1 beigefügten Gesellschaftsvertrages beizutreten. Gesellschafter sind die sich erklärenden Städte und Gemeinden im Landkreis und der Landkreis Marburg- Biedenkopf.

2. Für die Leistung der im Haushaltsjahr 2012 zu erbringenden Stammkapitaleinlage (gezeichnetes Kapital) wird eine außerplanmäßige Ausgabe im Bereich der investiven Auszahlungen des Finanzhaushaltes im Produkt 010102 „Beteiligungsmanagement“, Konto: 84484400 „Auszahlungen für den Erwerb von sonstigen Anteilsrechten“ in Höhe von 12.600 € beschlossen. Die Deckung ist durch Einsparungen bei den Auszahlungen für den Erwerb von Softwarelizenzen – projektbezogene Software (Produktkonto 01010601.84383003) gewährleistet.
3. Für die Leistung der vom Landkreis Marburg-Biedenkopf zu erbringenden Eigenkapitaleinlage (Kapitalrücklage) wird ein Betrag in Höhe von 848.570 Euro (5 Euro je Einwohner der an der Breitbandgesellschaft teilnehmenden Städte und Gemeinden mit Stand: 31.12.2011 = 169.714 Einwohner x 5 Euro) im Finanzhaushalt 2013 (Produktkonto 01010201.84484400) eingestellt.
4. Zur Deckung der Betriebskosten bewilligt der Kreistag der Breitband GmbH ein verzins- und rückzahlbares Gesellschafterdarlehen mit Rangrücktritt in Höhe von bis zu 8,8 Mio. für eine Laufzeit bis zum Jahr 2023. Die jährlichen Teilbeträge müssen ab 2013 in den entsprechenden Finanzhaushalten etatisiert werden. Die Einzelheiten zur Verzinsung und Rückzahlung werden in einer mit der Gesellschaft noch abzuschließenden Vereinbarung geregelt. Die Bewilligung erfolgt unter dem Vorbehalt, dass dem Landkreis als Sicherheit eine Ausfallbürgschaft durch die Mitgesellschafter in Höhe von 10 € je Einwohner (Stand: 31.12.2011 = 169.714 Einwohner x 10 Euro = 1.697.140 Euro) gewährt wird.

TOP 4: Beratung und Beschlussfassung über den ersten doppelten Jahresabschluss des Landkreises Marburg-Biedenkopf für das Haushaltsjahr 2009 und Entlastung des Kreisausschusses

Auf die begründete Vorlage, die allen Abgeordneten in der letzten Sitzung ausgeteilt wurde, wird verwiesen.

Die Empfehlungen des Haupt- und Finanzausschusses liegt ebenfalls auf den Plätzen aus.

Der Vorsitzende eröffnet die Aussprache. Es beteiligen sich mit Redebeiträgen:

Frau Abg. Hofmann, DIE LINKE
Herr Landrat Fischbach für den Kreisausschuss

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, lässt der Kreistagsvorsitzende über die Vorlage abstimmen.

Abstimmung: Bei Zustimmung der Fraktionen von SPD, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FREIE WÄHLER und FDP und Gegenstimmen der Fraktion DIE LINKE mehrheitlich beschlossen.

Beschluss:

Der Kreistag beschließt nach den §§ 113 und 114 HGO (neu) in Verbindung mit § 52 und § 30 HKO den von der Revision geprüften Jahresabschluss des Landkreises Marburg-Biedenkopf für das Haushaltsjahr 2009 mit den in der Begründung aufgelisteten und in der beigefügten Jahresabschluss-Dokumentation dargestellten Ergebnissen.

Gleichzeitig wird dem Kreisausschuss für das Haushaltsjahr 2009 Entlastung erteilt.

TOP 5: Frauenförderplan 2012 - 2018 und Bericht zum Frauenförderplan 2006 - 2012

Die ausführliche Beschlussvorlage ist allen Abgeordneten mit der Einladung zur heutigen Sitzung zugegangen.

Die Empfehlungen des Haupt- und Finanzausschusses und des Ausschusses für Familie, Jugend, Soziales, Arbeit und Gesundheit liegen ebenfalls auf allen Abgeordnetenplätzen aus.

Der Vorsitzende eröffnet die Aussprache. Es beteiligen sich mit Redebeiträgen:

Frau Abg. Hofmann, DIE LINKE
Frau Abg. Lecher, CDU
Frau Abg. Szeder, SPD
Frau Abg. Aschenbrenner, FDP
Frau Abg. Prof. Dr. Thränhardt, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, lässt Herr Ruffert über die Vorlage abstimmen.

Abstimmung: Bei Zustimmung der Fraktionen von SPD, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FREIE WÄHLER und FDP, sowie Enthaltung der Fraktion DIE LINKE und des Abg. der PIRATENPARTEI mehrheitlich beschlossen.

Beschluss:

Der Frauenförderplan 2012 -2018 der Kreisverwaltung Marburg-Biedenkopf wird in der vorgelegten Fassung beschlossen.

TOP 6: Bedarfs- und Entwicklungsplan über den Brandschutz, den Katastrophenschutz und die Allgemeine Hilfe des Landkreises Marburg-Biedenkopf

Auf die begründete ausführliche Vorlage, die allen Abgeordneten vorliegt, wird verwiesen.

Die Empfehlungen des Haupt- und Finanzausschusses liegt ebenfalls auf den Plätzen aus.

Da eine Aussprache aus den Reihen des Kreistages nicht gewünscht wird, lässt der Kreistagsvorsitzende über die Vorlage abstimmen.

Abstimmung: Einstimmig beschlossen.

Beschluss:

Der Kreistag beschließt den ersten Bedarfs- und Entwicklungsplan für den Landkreis Marburg-Biedenkopf als Planungsgrundlage gem. § 4 Absatz 1 des Hessischen Gesetzes über den Brandschutz, den Katastrophenschutz und die Allgemeine Hilfe (HBKG).

TOP 7: Beitritt zur Bioenergiegenossenschaft Fronhausen eG

Auf die begründete Vorlage, die allen Abgeordneten vorliegt, wird verwiesen.

Die Empfehlungen des Haupt- und Finanzausschusses und des Ausschusses für Wirtschaft, Infrastruktur, Erneuerbare Energien, Landwirtschaft und Umwelt liegen vor.

Da eine Aussprache aus den Reihen des Kreistages nicht gewünscht wird, lässt der Kreistagsvorsitzende über die Vorlage abstimmen.

Abstimmung: Bei Zustimmung der Fraktionen von SPD, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FREIE WÄHLER, FDP und des Abg. der PIRATENPARTEI, sowie Gegenstimmen von vier Abg. der SPD-Fraktion und Enthaltung von drei Abg. der SPD-Fraktion mehrheitlich beschlossen

Beschluss:

Der Kreistag beschließt, der Bioenergiegenossenschaft Fronhausen eG zum nächst möglichen Zeitpunkt beizutreten.

TOP 8: Bericht des Kreisjugendparlamentes des Landkreises Marburg-Biedenkopf gem. § 3 Nr. 3 der entsprechenden Satzung

entfällt

TOP 9: Antrag der FDP-Fraktion betreffend "Quartalsberichte zum Ergebnishaushalt des Landkreises Marburg-Biedenkopf"

Der Antrag der FDP-Fraktion ist allen Abgeordneten mit der Einladung zur Sitzung zugegangen.

Die Empfehlung des Haupt- und Finanzausschusses und liegt ebenfalls auf allen Plätzen aus.

Da eine Aussprache aus den Reihen des Kreistages nicht gewünscht wird, lässt der Kreistagsvorsitzende über den Antrag abstimmen.

Abstimmung: Einstimmig beschlossen.

Beschluss:

Der Kreistag möge beschließen, dass der Kreisausschuss die Quartalsberichte zum Ergebnishaushalt des Landkreises Marburg-Biedenkopf zeitgleich mit der Meldung an das Regierungspräsidium Gießen auch an die Fraktionen und Gruppierungen sowie an die Mitglieder des H+F Ausschusses des Kreistages zu senden hat.

TOP 10: Antrag der Fraktion DIE LINKE betreffend „Unangekündigte Hygienekontrollen am UKGM – Standort Marburg ausweiten“

Der Antrag der Fraktion DIE LINKE ist allen Abgeordneten mit der Einladung zur Sitzung zugegangen.

Die Empfehlung des Ausschusses für Familie, Jugend, Soziales, Arbeit und Gesundheit und liegt ebenfalls auf allen Plätzen aus.

Während der Beratung übergibt der Kreistagsvorsitzende die Sitzungsleitung an den stellvertretenden Kreistagsvorsitzenden.

Der Vorsitzende eröffnet die Aussprache. Es beteiligen sich mit Redebeiträgen:

Frau Abg. Hofmann, DIE LINKE
Herr Abg. Nau, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Frau Abg. Dr. Cernaj, DIE LINKE
Herr Abg. Waßmuth, CDU
Herr Erster Kreisbeigeordneter Dr. McGovern für den Kreisausschuss

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, lässt der stellvertretende Kreistagsvorsitzende über den Antrag abstimmen.

Abstimmung: Bei Zustimmung der Fraktion DIE LINKE und Gegenstimmen der Fraktionen von SPD, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FREIE WÄHLER und FDP, sowie des Abg. der PIRATENPARTEI mehrheitlich abgelehnt.

TOP 11: Antrag der SPD-Fraktion betreffend "Gegen die geplante Tarifreform der GEMA"

Der Antrag der SPD-Fraktion ist allen Abgeordneten mit der Einladung zur Sitzung zugegangen.

Die Empfehlung des Ausschusses Haupt- und Finanzausschusses liegt ebenfalls auf allen Plätzen aus.

Die FDP-Fraktion erklärt ihren Beitritt zu dem Antrag.

Herr Herbener eröffnet die Aussprache. Es beteiligen sich mit Redebeiträgen:

Herr Abg. Ruffert, SPD
Herr Abg. Hannemann, DIE LINKE
Herr Abg. Bergmann, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Herr Abg. Waßmuth, CDU
Frau Abg. Aschenbrenner, FDP

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, lässt der stellvertretende Kreistagsvorsitzende über den Antrag abstimmen.

Abstimmung: Einstimmig beschlossen

Beschluss:

Der Kreistag beschließt:

1. Der Kreistag fordert die GEMA auf, die für den 1. Januar 2013 vorgesehene Tarifierhöhung auszusetzen, da durch die vorgesehene Tarifstruktur die Kostenbelastung für Musikaufführungen u.a. die Existenz heimischer Betriebe des Hotel- und Gaststättengewerbes, des Einzelhandels und Musikclubs gefährdet, sowie vor allem auch die Durchführung von Stadt- und Gemeindefesten und Festen und Veranstaltungen von Vereinen und Gruppen zum Teil unangemessen erschwert oder verhindert wird.
2. Der Kreistag fordert den Hessischen Landkreistag auf, sich gemeinsam mit den anderen kommunalen Spitzenverbänden auf Bundesebene gegen die geplante Gebührenerhöhung einzusetzen.

3. Der Kreistag fordert die Aufsichtsbehörden der GEMA (Deutsches Patent- und Markenamt, Bundeskartellamt) auf, im Rahmen des aktuell durchzuführenden Schiedsverfahrens gegen die mit der neuen Tarifstruktur verbundenen Kostenerhöhungen, die letztlich nicht den Musikurhebern sondern der GEMA selbst dienen, einzuschreiten.

TOP 12: Antrag der SPD-Fraktion betreffend „Die Universitäten sitzen auf GOLD“ – Unterstützung von mehr Existenzgründungen aus der Universität heraus

Der Antrag der SPD-Fraktion ist allen Abgeordneten mit der Einladung zur Sitzung zugegangen.

Zu diesem Antrag liegt ein gemeinsamer Antrag der Fraktionen von SPD, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FREIE WÄHLER vor, der den Ursprungsantrag ersetzt.

Die FDP-Fraktion erklärt ihren Beitritt zu dem gemeinsamen Antrag.

Die Empfehlungen des Ausschusses Haupt- und Finanzausschusses und des Ausschusses für Wirtschaft, Infrastruktur, Erneuerbare Energien, Landwirtschaft und Umwelt liegen ebenfalls auf allen Plätzen aus.

Der Vorsitzende eröffnet die Aussprache. Es beteiligen sich mit Redebeiträgen:

Herr Abg. Richter-Plettenberg, SPD
Herr Abg. Meyer, CDU
Herr Abg. Schneider, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Frau Abg. Hofmann, DIE LINKE
Herr Abg. Richter-Plettenberg, SPD
Herr Erster Kreisbeigeordneter Dr. McGovern für den Kreisausschuss

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, lässt der stellvertretende Kreistagsvorsitzende über den Antrag abstimmen.

Abstimmung: Bei Zustimmung der Fraktionen von SPD, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FREIE WÄHLER und FDP, sowie bei Gegenstimmen der Fraktion DIE LINKE und Enthaltung des Abg. der PIRATENPARTEI mehrheitlich beschlossen.

Beschluss:

Der Kreistag unterstützt die Initiative des Kreisausschusses sich an der Neuausrichtung des Marburger Förderzentrums für Existenzgründer (MAFEX) zu beteiligen. Dabei ist vorgesehen, dass die Mafexorganisation als Institut der Philipps-Universität neu ausgerichtet wird.

Um das Gründungs- und Innovationspotential aus der Universität heraus weiter zu erschließen und Synergien mit den regionalen Partnern zu heben, soll eine Strategiekonzeption mit dem Mafex bis Anfang 2013 erarbeitet und im Ausschuss für Wirtschaft, Infrastruktur, Erneuerbare Energien, Landwirtschaft und Umwelt vorgestellt werden. Im Wirtschaftsförderungsbeirat des Landkreises wird dann über die weitere Entwicklung alle zwei Jahre und erstmalig 2014 ein Bericht vorgestellt.

TOP 13: Antrag der Fraktion DIE LINKE betreffend "Verwendung von ESF-Mitteln in der Kreisverwaltung"

Der Antrag der Fraktion DIE LINKE ist allen Abgeordneten mit der Einladung zur Sitzung zugegangen.

Zu diesem Antrag liegt ein Bericht des Kreisausschusses auf allen Abgeordnetenplätzen aus.

Die Empfehlungen des Ausschusses Haupt- und Finanzausschusses und des Ausschusses für Familie, Jugend, Soziales, Arbeit und Gesundheit liegen ebenfalls auf allen Plätzen aus.

Der Vorsitzende eröffnet die Aussprache. Es beteiligen sich mit Redebeiträgen:

Herr Abg. Hannemann, DIE LINKE

Im Zuge der Beratung stellt der Abg. Horn, CDU einen Antrag auf Feststellung der Erledigung des Antrages, da der Bericht des Kreisausschusses vorliegt.

Der stellvertretende Kreistagsvorsitzende lässt über den Antrag abstimmen.

Abstimmung: Mit Zustimmung der Fraktionen von SPD, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FREIE WÄHLER bei Gegenstimmen der Fraktion DIE LINKE und des Abg. der PIRATENPARTEI, wird der Antrag mehrheitlich für erledigt erklärt.

TOP 14: Antrag der Fraktion DIE LINKE betreffend "Unterstützung des Bündnisses umFAIRteilen"

Der Antrag der Fraktion DIE LINKE ist allen Abgeordneten mit der Einladung zur Sitzung zugegangen.

Die Empfehlung des Ausschusses für Familie, Jugend, Soziales, Arbeit und Gesundheit liegt ebenfalls auf allen Plätzen aus.

Der Vorsitzende eröffnet die Aussprache. Es beteiligen sich mit Redebeiträgen:

Herr Abg. Hannemann, DIE LINKE
Herr Abg. Waßmuth, CDU
Herr Abg. Bug, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Herr Abg. Vogt, SPD
Frau Abg. Aschenbrenner, FDP

Herr Abg. Hannemann erklärt sich namens seiner Fraktion mit der Abänderung des Wortlautes des zweiten Satzes im Beschlusstext wie folgt einverstanden:

Der Kreistag *empfiehlt der Bevölkerung des Landkreises....*

Frau Aschenbrenner gibt eine persönliche Erklärung ab und begründet ihr Fehlen bei der Behandlung des TOP 13 und zu Beginn des TOP 14 mit der Beiwohnung bei der Übergabe eines Bewilligungsbescheides im Zuge ihrer kommunalpolitischen, ehrenamtlichen Tätigkeit für die Stadt Kirchhain.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, lässt der stellvertretende Kreistagsvorsitzende über den Antrag abstimmen.

Abstimmung: Bei Zustimmung der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FREIE WÄHLER ,DIE LINKE und einem Abg. der CDU-Fraktion, sowie Gegenstimmen der Fraktionen von CDU und FDP und Enthaltung des Abg. der PIRATENPARTEI mehrheitlich beschlossen.

Beschluss:

Der Kreistag des Landkreises Marburg-Biedenkopf unterstützt den Aufruf und die Forderungen des Bündnisses umFAIRteilen. Der Kreistag empfiehlt der Bevölkerung des Landkreises, sich zahlreich an den Aktionen des Bündnisses zu beteiligen.

Der Aufruf des Bündnisses lautet:

Es gibt einen Ausweg aus der Wirtschafts- und Finanzkrise: Umverteilung! Wir wollen nicht, dass die öffentlichen und sozialen Leistungen verschlechtert und die große Mehrheit der Bevölkerung höher belastet wird. Stattdessen müssen übergroßer Reichtum und Finanzspekulation endlich besteuert werden. Es geht nicht nur um Geld, sondern auch um gelebte Solidarität in unserer Gesellschaft.

Wir fordern

- eine Vermögensteuer und eine einmalige Vermögensabgabe, um die notwendigen öffentlichen und sozialen Ausgaben gerecht zu finanzieren und die Verschuldung abzubauen;
- einen konsequenten Kampf gegen Steuerflucht und Steueroasen und für eine Steuer auf Finanzmarktgeschäfte, gegen die Spekulation und gegen die Armut, weltweit.

TOP 15: Antrag der Fraktion DIE LINKE betreffend „PAK-Belastungen in Hausgärten im Landkreis Marburg-Biedenkopf“

Dieser Antrag wird auf die nächste Sitzung des Kreistages vertagt.

Bei Aufruf des TOP 16 übernimmt der Kreistagsvorsitzende Ruffert wieder die Sitzungsleitung.

TOP 16: Antrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FREIE WÄHLER betreffend "Mittelhessen stärken – Langfristige Sicherung und Weiterentwicklung des Universitätsklinikum UKGM und der medizinischen Fachbereiche der Universitäten in Marburg und Gießen"

Der Antrag ist allen Abgeordneten mit der Einladung zur Sitzung zugegangen.

Zu diesem Antrag liegt ein Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE ebenfalls auf allen Abgeordnetenplätzen aus.

Die SPD-Fraktion und die FDP-Fraktion erklären ihren Beitritt zu dem Antrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FREIE WÄHLER.

Die Empfehlungen des Ausschusses Haupt- und Finanzausschusses und des Ausschusses für Familie, Jugend, Soziales, Arbeit und Gesundheit, sowie des Schul- und Kulturausschusses liegen ebenfalls auf allen Plätzen aus.

Der Kreistagsvorsitzende wertet den Antrag der Fraktion DIE LINKE nach § 18 Abs. 1 der GO des Kreistages des Landkreises Marburg-Biedenkopf als einen Änderungsantrag, hingegen

erklärt der Abg. W. Waßmuth namens der Koalitionsfraktionen, dass es sich um einen Alternativantrag handelt. Sollte vom Kreistag festgestellt werden, dass es sich um einen Alternativantrag handelt, bittet der Abg. W. Hesse vorsorglich um eine Sitzungsunterbrechung, um darüber beraten zu können.

Der Kreistagsvorsitzende stellt nach entsprechender Abstimmung fest, dass sich der Kreistag mehrheitlich für das Vorliegen eines Alternativantrages ausspricht.

Er unterbricht daraufhin antragsgemäß die Sitzung um 13.20 Uhr

Der Kreistagsvorsitzende eröffnet die Sitzung wieder um 13.35 Uhr zur Aussprache. Es beteiligen sich mit Redebeiträgen:

Herr Abg. Nau, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Frau Abg. Dr. Cernaj, DIE LINKE
Herr Abg. Waßmuth, CDU
Herr Abg. Behlen, FDP
Herr Abg. W.Hesse, SPD

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, lässt der Kreistagsvorsitzende über den Antrag abstimmen.

Vor der Abstimmung zieht die Fraktion DIE LINKE ihren Antrag zurück.

Daraufhin lässt der Kreistagsvorsitzende über den Ursprungsantrag abstimmen.

Abstimmung: Einstimmig beschlossen

Beschluss:

Die Kreistage der Landkreise Gießen und Marburg-Biedenkopf fordern gemeinsam mit den Stadtverordnetenversammlungen Marburg und Gießen den Hessischen Landtag auf, über alle Fraktionsgrenzen und Legislaturperioden hinweg ein klares Bekenntnis zum Erhalt der beiden medizinischen Fachbereiche mit allen medizinischen Studienplätzen in Marburg und Gießen sowie des Universitätsklinikums an beiden Standorten abzugeben. Darüber hinaus sollen Strategien zum Ausbau der erfolgreichen Kooperation und der Weiterentwicklung beider Standorte entwickelt werden.

TOP 17: Große Anfrage der Fraktion DIE LINKE betreffend "Entwicklung des Wohngeldbezugs im Landkreis Marburg-Biedenkopf"

Die Große Anfrage samt Antwort des Kreisausschusses ist allen Abgeordneten mit der Einladung zur heutigen Sitzung zugegangen.

Die Empfehlung des Haupt- und Finanzausschusses und des Ausschusses für Familie, Jugend, Soziales, Arbeit und Gesundheit liegt ebenfalls vor.

Der Kreistagsvorsitzende eröffnet die Aussprache. Es beteiligen sich mit Redebeiträgen:

Herr Abg. Hannemann, DIE LINKE
Herr Abg. Behlen, FDP

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, stellt der Kreistagsvorsitzende fest, dass der Kreistag die Große Anfrage samt Antwort des Kreisausschusses zur Kenntnis genommen hat.

TOP 18: Große Anfrage der Fraktion DIE LINKE betreffend „Verbundschule Stadtschule Biedenkopf, MPS Oberes Perftal in Steffenberg und die MPS Perftal in Breidenbach“

Die Große Anfrage samt Antwort des Kreisausschusses ist allen Abgeordneten mit der Einladung zur heutigen Sitzung zugegangen.

Die Empfehlung des Schul- und Kulturausschusses liegt ebenfalls vor.

Der Kreistagsvorsitzende eröffnet die Aussprache. Es beteiligen sich mit Redebeiträgen:

Herr Abg. Yildirim, DIE LINKE
Frau Abg. Matzen, Bündnis 90/DIE GRÜNEN
Herr Abg. Behlen, FDP
Herr Abg. Meyer, CDU

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, stellt der Kreistagsvorsitzende fest, dass der Kreistag die Große Anfrage samt Antwort des Kreisausschusses zur Kenntnis genommen hat.

TOP 19: Dringlichkeitsantrag der Fraktionen von SPD, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FREIE WÄHLER betreffend "Keine Kürzung der Eingliederungsmittel nach SGB II"

Der gemeinsame Dringlichkeitsantrag liegt auf allen Abgeordnetenplätzen aus. Im Zuge der Beratung erklärt die Abg. Aschenbrenner namens der FDP-Fraktion den Beitritt zu dem Antrag.

Der Vorsitzende eröffnet die Aussprache. Es beteiligen sich mit Redebeiträgen:

Frau Abg. Laaz, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Herr Abg. Hannemann, DIE LINKE
Herr Abg. Behlen, FDP

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, lässt der Kreistagsvorsitzende über den Antrag abstimmen.

Abstimmung: Bei Zustimmung der Fraktionen von SPD, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FREIE WÄHLER, FDP und des Abg. der PIRATENPARTEI, sowie Gegenstimmen von zwei Abg. der Fraktion DIE LINKE und Enthaltung eines Abg. der Fraktion DIE LINKE mehrheitlich beschlossen.

Beschluss:

Der Kreistag beauftragt den Kreisausschuss, sich gegenüber der Bundesregierung und den Fraktionen des Bundestages, direkt aber auch über seinen Spitzenverband, gegen die geplante überproportionale Kürzung der Eingliederungsmittel nach dem SGB II auszusprechen.

TOP 20: Kenntnisnahmen

TOP 21: Verschiedenes

Der Kreistagsvorsitzende Ruffert informiert darüber, dass die nächste Sitzung des Kreistages am

16.11.2012, 9.00 Uhr

stattfindet.

Mit einem Dank an Abgeordnete, Presse und Mitarbeiter der Verwaltung schließt er die Sitzung um 14.45 Uhr.

Der Vorsitzende:
Schriftführer:

Der

Für die Fraktionen: